

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/44. Jahrgang

Juli 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

SWG sperrt Strom

Während die Gießener Stadtwerke (SWG) mit teuren Events Ende Juni sich selber feierten (was in keinsten Weise ihrem Sinn und Zweck entspricht), wurde im Stadtparlament ihr gnadenloses Geschäftsgebaren offenbar. 1127 Haushalte wurde im vergangenen Jahr der Strom abgestellt. Dies brachte eine entsprechende Anfrage von Michael Beltz (DKP, Fraktion Die Linke) zutage. Noch wenige Wochen zuvor hatte OB Grabbe-Bolz auf einer Veranstaltung zum sozialen Wohnungsbau beteuert, dies würde überhaupt nicht geschehen, ihr sei kein einziger Fall bekannt. Nun beziehen sich diese 1127 Haushalte nicht nur auf die Stadt Gießen, sondern auf alle SWG-Kunden auch im Kreis, das sind etwa 95.000. Dennoch ist die Zahl erschreckend, wenn

man bedenkt, was es für eine Familie bedeutet, plötzlich ohne Strom dazustehen und welcher Aufwand und zusätzliche Kosten entstehen, bis die Sperrung aufgehoben wird. Es hieß auch, daß man im Vorfeld versuche, eine solche Situation z.B. durch Stundung in einem 12wöchigen Mahnverfahren zu vermeiden. Dies mag ehrenvoll sein, drückt aber auch aus, daß die Anzahl derer, die ihre Stromrechnung nicht bezahlen können, noch viel höher liegt. Auf die Zusatzfrage, mit welchen Maßnahmen die Stadt hier gewillt ist, Abhilfe zu schaffen, lautete die Antwort: keine. Die Betroffenen könnten sich an die Job-Center, an den Fachdienst Soziales oder an die Schuldnerberatung wenden, die von der Stadt gefördert werden. (Fortsetzung auf Seite 2)



Inhalt:

NSU - Terrorzelle/Staufenberg	S.2
LaGa: Zoff +Chaos/46er/Ins Klo	S.3
Uni-Klinikum/Bundshaushalt 2014	S.4
Niedriglohn-Subvention/Junkie-Angst	S.5
Krieg: machen alle/Eritrea-Festival	S.6
Buchtipp W.Seppmann/17. Juni	S.7
Istanbul: SDAJ-Interview/Termine	S.8

Wenn das Georg Büchner mitbekäme!

Keine Zeitung ohne irgendwas über Büchner, kein Veranstaltungskalender ohne Büchner, auch wenn der Zusammenhang mit dem Dichter und Revolutionär oft an den Haaren herbeigezogen ist. Schulklassen und Uniseminare beschäftigen sich mit Büchner und seinem Werk. Vieles davon wird von der Hessischen Landesregierung gefördert. Ist Büchner wirklich schon so unwirksam geworden, daß er Unterstützung durch eine reaktionäre Landesregierung verdient hat? „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“ – wer diese Losung aus dem Hessischen Landboten ernst nimmt, wird von der Landesregierung keineswegs unterstützt, sondern bekommt die Staatsmacht zu spüren, im Landesdienst zum Beispiel hätte er keine Zukunft. „Friede den Hütten“ – das heißt heute Kampf um Mindestlohn, für bezahlbare Wohnungen, für Chancengleichheit in der Bildung. „Krieg den Palästen“ – die heutigen Paläste sind die Bankentürme in Frankfurt und die protzigen Konzernzentralen. Wer dort nur demonstrieren will, von „Krieg“ ganz zu schweigen, der wird mit aller Gewalt daran gehindert. Der Polizeieinsatz gegen die Blockupy-Demonstration hat das gerade erst gezeigt. Büchner ehren – das geht auf der Straße besser als in Theatern und Vortragssälen. Gernot Linhart



Für Frieden und Sozialismus!



NSU – oder wie bastle ich mir meine Terrorzelle?

Am 4.11.2011, nach einem Banküberfall in Eisenach, werden Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot in ihrem ausgebrannten Wohnmobil gefunden. Angeblich erschoss Mundlos zunächst seinen Komplizen, setzte dann das Wohnmobil in Brand und erschoss sich dann selbst. Als Waffe verwendete er angeblich eine Winchester Pumpgun und von dieser finden sich auch zwei Patronenhülsen. Das Problem: die leere Hülse wird nur ausgeworfen, wenn man durchlädt. Wie kann ein Toter repetieren? Sieben Tage später werden wichtige Akten aus dem Komplex der „Operation Rennsteig“ (Geheimdienstoperation zur Ausforschung der Thüringer Neonaziszene) durch einen Referats-

leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) vernichtet. Eine interne Untersuchung des Innenministeriums kommt zu dem Urteil: „Die Vernichtungen (...) seien nur

Na, dann sollte man diese offensichtlich unfähigen – was Presse und Untersuchungsausschüsse nicht müde werden zu betonen - Organisationen doch einfach auflösen. Aber das Ge-

genteil ist der Fall. 2011 lag der Etat des BfV bei ca. 173, 2012 bei 189 und 2013 soll er bei 207 Millionen Euro liegen. Gleichzeitig schreitet die Zentralisierung der Geheimdienst- und deren Verzahnung mit den Polizeistrukturen weiter voran. Am 16.12.2011 wurde das „Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus“ eröffnet; und hier sitzen sie jetzt alle zusammen, Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdienste.



auf das Fehlverhalten eines einzigen Referatsleiters im BfV zurückzuführen; er habe „Nachfragen, Wiedervorgaben und Prüfarbeiten vermeiden wollen“. Blöd nur, dass es einen Vernichtungserlass des Ministeriums bezüglich dieser Akten gibt. In den Akten befand sich brisantes Material. Unter anderem Informationen zu einem V-Mann des Berliner LKAs Thomas S., führender Kopf der inzwischen verbotenen Neonazi-Organisation Blood & Honour und Lieferant von Sprengstoff für das NSU-Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe. Also alles nur eine Aneinanderreihung von Pleiten, Pech und Pannen?!

Es geht weiter: sechs Wochen später fordert der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter „das Gemeinsame Abwehrzentrum Links.“. Die vielen Widersprüche in diesem Skandal sind nicht Ausdruck der besonderen Unfähigkeit der Dienste, sondern des Versuches eine einfache Wahrheit zu verschleiern. Staaten finanzieren Geheimdienste nicht, weil sie unnötig sind, sondern sie dienen ihren Interessen. Diese Ereignisse geben uns allen einen Vorgeschmack darauf, was die Herrschenden bereit sind zu tun und wer ihre Werkzeuge dabei sind. Henning Mächerle (DKP, VVN/BdA)

Wir bitten um Spenden
Gießener Echo
 Konto Nr. 193070,
 BLZ 51350025
 Sparkasse Gießen

(Fortsetzung von Seite 1)

SWG sperrt Strom

dert würden. Gerade letztere hatte jedoch kürzlich festgestellt, „daß heute viel schematischer und rigider gehandelt wird... selbst wenn eine alleinerziehende Mutter über Nacht ohne Strom auskommen müsse“. An der Preisgestaltung der Stadtwerke gibt es immer wieder Kritik und Protest; als GmbH erwirtschaften die SWG jährlich Überschüsse (2011: 5,3 Mio. Euro), die – auch – in den maroden städtischen Haushalt fließen. Diese Praxis, festgeschrieben in der Hessischen Gemeindeordnung, ist bewußt so gewollt: Man wäscht die Hände in Unschuld und beugt sich den – selbst geschaffenen – „Sachzwängen“ . Erika Beltz

Keine Hindenburgstraße in Staufenberg!

Die DKP Gießen fordert die Stadt Staufenberg auf, endlich den Namen der Hindenburgstraße in der Kernstadt Staufenberg zu ändern und den ehemaligen Reichspräsidenten und Militaristen sowie Monarchisten aus der Liste der Namensgeber für Straßen in Staufenberg zu streichen. Reichspräsident Paul von Hindenburg steht für eine fortschreitende Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik und hat schließlich die Machtübergabe an die Nazis mit seiner Beauftragung an Adolf Hitler am 30.1.1933 eine Regierung zu bilden wesentlich mitverantwortet, indem er dem Drängen des Kapitals, Adolf Hitler die Regierungsverantwortung zu übergeben, nachkam. Gerade vor dem Hintergrund der rechtsradikalen Umtriebe im Lumdatal, aktuell wurden wieder Flyer der Neonazis in Mainzlar geklebt, ist die völlig unverständliche Ehrung des Steigbügelhalters Hindenburg nicht zu verantworten. H.R

LaGa - Zoff und Chaos

Unerwartete Schützenhilfe bekommt die BI Stoppt diese Landesgartenschau ausgerechnet von den Jugendorganisationen von CDU und FDP, also den Parteien, unter deren Magistratsführung die LaGa beschlossen wurde. Sie haben eine Unterschriftenkampagne gegen die Verfüllung der Ostanlagen-Unterführung gestartet, sehr zum Leidwesen von SPD und Grünen. Hierzu hat auch die BI bereits sowohl eine Postkartenaktion an die OB auf den Weg gebracht als auch eine Petition an das Stadtparlament vorbereitet. Dieses umstrittene und nach Umfragen von fast 90% der Gießener abgelehnte Projekt soll alles in allem an die 500.000 Euro kosten. Es habe aber, so beteuert Bgm. Weigel-Greulich, mit der LaGa und auch mit der geplanten Bimmelbahn überhaupt nichts zu tun! Wer soll das glauben? Warum dann diese Geldverschwendung? Denn nach geltenden Vorschriften ist die Unterführung durchaus behindertengerecht (allerdings müsste – wenn



Gerda geht ihren Weg

sie heute gebaut würde – die Schräge flacher sein). Wenn die Stadt behindertenfreundlicher gestaltet werden soll, was sehr zu begrüßen wäre, dann sollte mal mit dem Dauerärgernis E-Klo angefangen werden und der befahrbare, aber jetzt gesperrte, Weg an der Bahnhofstreppe instand gesetzt werden.

Bei SPD und Grünen liegen die Nerven blank. Und es gibt richtigen Zoff; schließlich sind im September gleich zwei Wahlen. Es hagelt Beschimpfungen; vom „Gipfel der Unverschämtheiten“ (SPD-Merz) ist die Rede. Dabei folgt eine Negativ-Schlagzeile der anderen: So wurde die Wieseckau „wegen Bauarbeiten“ schon jetzt komplett gesperrt, noch bevor im September ein Zaun alles hermetisch abriegeln wird. Die Verkehrsführung Ringallee/Ostanlage/Gutfleischstraße ist reines



Chaos. Zeitpläne sind im Verzug und vorgesehene Projekte liegen auf Eis. Derweil nimmt das Unheil an der Großbaustelle Wieseckau seinen Lauf. Einsprüche, Anzeigen und Beschwerden gegen diesen Wahn werden von den Behörden (da sitzen die gleichen Parteifreunde) mit fadenscheinigen Begründungen abgewiesen.

Nichts ist von dem einst vor den Kommunalwahlen beschworenen Bürgerwillen, den man zu beherzigen gelobte, übrig geblieben. Der Rest ist Schweigen. Erika Beltz

Für die 46er tun wir alles

Die Insolvenz hindert nicht daran, die GmbH-Basketball auch weiterhin zu fördern. Die Firma LTI hat sich als tragender Sponsor verabschiedet, Sponsoren werden gesucht. Die Stadt sieht sich in der Verantwortung, Gießens Linke sehen diesem Treiben mit Argwohn entgegen. So lehnen die Fraktionen Die Linke und Linkes Bündnis/Bürgerliste die finanzielle Unterstützung dieser GmbH ab.

Die Stadt wird jedoch der Basketballfirma weiterhin die Hallennutzung - einschließlich aller Nebeneinrichtungen, die teilweise ausdrücklich für die Basketballer erstellt wurden - kostenlos zur Verfügung stellen. Damit verstößt die Stadt gegen ihre eigenen Richtlinien, nach denen städtische Sportstätten nur von Gießener Vereinen und nicht von einer GmbH kostenlos genutzt werden dürfen. Michael Janitzkiys Frage nach der Höhe der nicht zu zahlenden Hallenmiete einschließlich Nebenräumen wartet weiterhin auf Beantwortung. M.B.



Ab damit ins Klo

Auch für Toiletten ist in Gießen "kein Geld" da. Da die Stadt außer am Brandplatz keine öffentlichen Toilette zur Verfügung stellt, wurde ein Ausweg gesucht. Die wenigen Bäume nach Gerdas Kahlschlag reichen kaum noch für Hunde aus. Also erarbeitete die „Agenda-Gruppe Toilette“ einen Plan. Zuerst musste das Kind einen Namen bekommen. „Pinkelwinkel“ wurde ebenso abgelehnt wie „Wisch und weg“.

Die Rettung nahte. Ein als Verseschmied bekannter Eventmanager wurde mit 5000 Euro belohnt für seinen „Nette Toilette“- Einfall.

Die Begeisterung der Gastwirte und Cafe-Inhaber kannte keine Grenze. Denn nun dürfen sie ihre Pforte öffnen für jene, die ein Bedürfnis haben. Kosten: klein 50 Cent, groß 1 Euro. Die Alternative für Rollstuhlfahrer scheint in Planung.

Uniklinikum: Stellenabbau geht weiter – der Kampf dagegen auch

53.000 Unterschriften gegen den Stellenabbau am Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM) hatte das Bündnis „Gemeinsam für unser Klinikum“ im vorigen Jahr an Ministerpräsident Bouffier übergeben. Trotz dessen Zusage, mit dem UKGM ein Ende des Stellenabbaus zu vereinbaren, sind seitdem weitere 220 Vollzeitstellen gestrichen worden.

Unter dem Motto „Wo ist meine Unterschrift?“ will das Bündnis jetzt wieder eine Unterschriftenaktion starten. Darüber hinaus will die Gewerkschaft ver.di die ständige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit einem Tarifvertrag stoppen. Sie strebt für das UKGM und die Berliner Charité eine tarifliche Regelung von Personalmindeststandards und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz an. Dafür haben die Beschäftigten dieser Kliniken unsere Solidarität!

Inzwischen zeichnet sich für den Eigentümer des UKGM, der Rhön-Klini-

ken AG, eine neue Spekulationsrunde um die Besitzverhältnisse ab. Durch eine Satzungsänderung hat der Konzern die im Vorjahr gescheiterte Übernahme durch Fresenius leichter gemacht. Durch die Privatisierung hat die Landesregierung aus zwei Unikliniken mit all ihren Beschäftigten und Patienten ein Spekulationsobjekt für profitgierige Anleger gemacht.

Von einer Übernahme durch Fresenius haben die Betroffenen nichts Gutes zu erwarten. Dieser Konzern betreibt nicht nur Krankenhäuser, sondern ist auch Lieferant verschiedenster Medizinprodukte – bei diesem Eigentümer würde noch stärker die Wertschöpfung pro Patient in den Vordergrund rücken. Wenn die Gesundheit der Patienten und eine gute Pflege Vorrang haben sollen, ist eine Rückführung der Kliniken in öffentliche Verantwortung unabdingbar.

Gernot Linhart

Architekturpreis für Partikeltherapie ohne Patienten

Absurd – aber wahr: Das Partikeltherapie-Zentrum des UKGM am Standort Marburg ist mit einem Architekturpreis als „Ausgezeichneter Gesundheitsbau“ ausgezeichnet worden.

In dem Bau ist aber noch kein Patient behandelt worden – nach Fertigstellung hatte sich herausgestellt, daß dort keine Gewinne zu erzielen sind. Deswegen hat die Rhön AG die Anlage an den Hersteller Siemens zurückverkauft, der sie für Entwicklungsarbeiten nutzt.

Eine der Landesregierung zugesagte Inbetriebnahme ab 2014 ist unwahrscheinlich; und jetzt will auch Siemens ganz aus dem Projekt aussteigen.

In der neuartigen Bestrahlungsanlage könnten jährlich hunderte Patienten mit inoperablen Tumoren, vor allem Hirntumoren, behandelt und zu einem großen Teil geheilt werden – aus finanziellen Gründen wird ihnen diese Chance auf Überleben verwehrt. Profit zählt im Kapitalismus mehr als Menschenleben.

G.L.



Bundshaushalt 2014 - Sozialkassen geplündert

Bundesfinanzminister Schäuble feiert sich für seinen Haushaltsplan 2014. Aber was feiert er eigentlich?

Daß die Konjunktur angezogen hat und der Bund höhere Steuereinnahmen hat, ist nicht sein Verdienst. Alleine 2014 sollen 8,5 Milliarden Euro zusätzlicher Steuereinnahmen erfolgen.

Daß die Zinsen extrem niedrig sind und daher die Zinsbelastung trotz höherer Verschuldung niedriger ist, ebenfalls nicht sein Verdienst. Die Zinsausgaben sollen um rund 4 Milliarden Euro sinken.

Und daß die Sozialkassen geplündert werden - das allerdings ist politi-

scher Wille vom Finanzminister und auch vom Kabinett der Bundeskanzlerin.

Der Bundeszuschuß zum Gesundheitsfond soll um 3,5 Milliarden gesenkt werden.

Der Zuschuß zur Rentenversicherung soll um 400 Millionen Euro gesenkt werden, bis 2016 insgesamt um 4,75 Milliarden.

Begründet wird dies mit der angeblich so guten Kassenlage der Sozialversicherung.

Aber wieso wird die dann nicht an die Versicherten weitergegeben – durch verbesserte Leistungen und vor allem durch Rücknahme der Rentenkürzun-

gen (Verlängerung der Lebensarbeitszeit)?

Das wären aus Sicht der DKP die anstehenden Themen.

Aber nein, der Finanzminister Schäuble raubt aus den Sozialkassen, um sich als Haushaltssanierer feiern zu lassen.

H.R.

<http://news.dkp.de/>



Kommunen im Kreis subventionieren mit 34 Millionen Euro Niedriglohnunternehmen

Immer mehr Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder Vollzeit zu einem Niedriglohn, der zum Lebensunterhalt nicht mehr reicht und mit Hartz IV aufgestockt werden muß.

Um sich den demütigenden Gang zum Amt zu ersparen, lebt z.B. die Hälfte der anspruchsberechtigten Vollzeitbeschäftigten samt Familie unter dem Existenzminimum, andere versuchen, mit zwei oder sogar drei Jobs über die Runden zu kommen. Im Kreis Gießen waren 3550 Personen von der Aufstockung betroffen, mit durchschnittlich 826 Euro im Monat in Bedarfsgemeinschaften, wo mindestens eine Person erwerbstätig ist.

Es gab mal Autos mit dem Aufkleber „sponsored by Oma“ – vielleicht soll-



Mit der Forderung nach der 30-Stunden-Woche war die DKP auf der diesjährigen Mai-Demonstration vertreten.

Scham, die viele Aufstocker haben, wäre bei den profitierenden Unternehmern besser aufgehoben.

Die Antwort auf den Versuch der Spaltung der Arbeiter in Leiharbeiter, Niedriglöhner und Stammbeschäftigte ist Solidarität. Eine erste Forderung wäre gleicher Lohn für gleiche Arbeit, weg mit Hartz IV, – dem Klassenkampf von oben geschlossen entgegenzutreten.

Mit der Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich könnten die fehlenden Arbeitsplätze geschaffen werden und von einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro können die Beschäftigten dann auch bescheiden leben.

Sabine Albrecht

ten sich die Niedriglohnunternehmer ein Schild umhängen mit dem Logo: „Sponsored by Steuergelder“. Die

Die Angst des Junkies

Die Aktienkurse, die ein halbes Jahr lang nur eine Richtung, nämlich die nach oben, gekannt hatten, rauschten nun zum Juni-Ende in den Keller. Noch im Mai war der deutsche Aktienindex über das frühere Hoch von 8158 Punkten aus dem Jahre 2007 auf das Rekordhoch von 8558 Punkten gestiegen. Und nun liegt der Dax nach wenigen Tagen fast zehn Prozent



darunter. Was war geschehen? Fast nichts. Der Chef der US-amerikanischen Notenbank Fed, Ben Bernanke, hatte laut darüber nachgedacht, ob die Zeit, in der den Banken das Geld fast zum Nullzins nachgeschmissen wird, nicht einmal zu

Ende gehen sollte. Zwar will er den Leitzins zur Zeit gar nicht erhöhen. Das würde natürlich die Geldbeschaffung verteuern. Das soll frühestens 2015 geschehen. Außer dem Geldverleih gegen Zinsen pumpt die Zentralbank weitere Mittel durch den Ankauf von Anleihen in den Wirtschaftskreislauf. Und nun dachte Bernanke darüber nach, diese Anleihekäufe zu verringern. Und auch das nur, falls die Konjunktur es erlaubt. Sollte die Konjunktur sich verschlechtern, wird die Fed die Ankäufe von Anleihen fortsetzen. Man sieht, weiß Gott, harmlose Überlegungen. Die angsterfüllte Reaktion der Börsenkapitalisten zeigt, wie labil diese die Lage des Kapitalismus einschätzen. Die Zufuhr immer neuen billigen Geldes ist die Droge, welche die Wirtschaft des späten Kapitalismus' noch am Laufen hält. Von dieser Droge ist sie seit Jahrzehnten zunehmend abhängig. Schon ein Nachdenken über die Verminderung der Drogenmenge ruft beim Junkie panische Entzugsängste hervor.

Klaus Mewes



So machten sie's alle

Kriegsminister de Maizière (CDU) hat Hunderttausende verpulvert für die Anschaffung der Drohne Euro Hawk, die so keine Zulassung bekommen

wird. Wirklich aufgegeben hat er die Pläne im Grundsatz nicht. Der Minister hat in dieser Sache mehrmals das Parlament belogen. Und nun diskutiert die deutsche Öffentlichkeit, ob der Minister seinen Hut nehmen muss. Viel interessanter ist es doch, wie lange dieses Killer-Projekt schon unbeachtet von der Öffentlichkeit läuft. Die

SPD/Grüne-Regierung hat diese Dinge bestellt, obwohl in den USA bereits bekannt war, dass die Drohnen dauernd abstürzen (jede siebte Drohne!) und Einzelteile verlieren. Aber das Neue ist, dass Spezialisten in Kommandozentralen sitzen und von dort aus genau verfolgen können, wie die vorgesehene Tötung erfolgt. Neben einer Automatisierung des Krieges wird der Krieg im Nicht-Krieg ermöglicht. Die Drohnen-Typen lauten „Pre-

dator“ (Raubtier), „Reaper“ (Sensenmann) und „Global Hawk“ (Globaler Habicht). Wenn das nicht Programm ist. Die Tötung „Terrorverdächtiger“ in



Sorgen. Er bot den USA insgeheim deutsche Soldaten an, was als Gerücht an die deutsche Öffentlichkeit drang. Als der KPD-Vorsitzende Max Reimann ihn im Parlament fünfmal gezielt nach seinen Initiativen zur Wiederbewaffnung fragte, log Adenauer ein fünffaches lautes „Nein!“ Es folgte die starke Bewegung gegen die Remilitarisierung: „Ohne mich!“ und „Theodor (Theodor Blank (CDU), erster Wehrminister unter Adenauer) geh' du allein!“ Aber mit verlogenen Beschwichtigungen, die Bundeswehr sei nur dazu da, dass nie ein Schuss falle und leicht bezahlbar, machte man die Menschen mit der Zeit wieder kirre. Man hat uns seitdem noch vielfach belogen. Es taten's gleichermaßen Wehrminister von CDU und SPD,

sie ergänzten sich bestens und marschierten in dieselbe Richtung: Mehr Rüstung, mehr Kriegsbeteiligung. Unter Rot/Grün wurde der erste Auslandseinsatz in Jugoslawien beschlossen. Minister Struck (SPD) sprach es aus: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt!“ Ja, und Minister Scharping (SPD), der schon einen serbischen Hufeisenplan zur Ausrottung der Albaner erfunden hatte, bestellte schließlich die Drohnen. So haben die Minister jedweder politischen Farbschattierung ihr Verdienst daran, dass Deutschland heute nie fehlt, wenn es gilt, die neue Normalität des permanenten globalen Krieges in Szene zu setzen.

Afrika wird mittels Drohnen über den US-Luftwaffenstützpunkt im deutschen Ramstein gesteuert. Ich entsinne mich, wie im Dezember 1944 Gießen als Verkehrsknotenpunkt in drei Angriffsserien in Schutt und Asche gelegt wurde. Der Angriffsplan lautete auf den Namen „Hake“ (Hecht). Der Krieg ging im Mai 1945 für Nazi-Deutschland endgültig verloren. Damals, als das große Leid der Menschen noch allgegenwärtig war, war die Stimmung der Menschen so: „Nur wieder nachts ruhig schlafen können!“ „Nie wieder Krieg!“ war die Parole. Adenauer machte diese Haltung des deutschen Volkes nach eigenem Eingeständnis große

Klaus Mewes

Redaktionsschluß für das August-Echo: Mi., 24.7.13

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

O das Gießener Echo abonnieren

O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

.....

e-mail:

Festival der Eritreer vom 12. - 14. Juli

Die Grünen unter der Leitung von Herrn Grothe werden nicht müde, ihre Vorbehalte wegen der vorgeblichen Nichteinhaltung der Menschenrechte in Eritrea vorzubringen. Wenn es dabei bliebe und nicht wiederum engagierte Schlägertrupps auftauchen, könnte man damit leben. Die Heuchelei jedoch, Verletzungen von Menschenrechten übler Art in anderen Ländern nicht anzuprangern, ist offenkundig.

Da wird Präsident Obama, der Repräsentant eines Landes in Berlin empfangen, in dem Folter an der Tagesordnung ist. Kein Ton der Grünen zur Kriegsführung, verhaltene Töne zu Guantanamo und zur größten Spitzelei aller Zeiten.

Wenn Eritrea sich zu dieser Art Demokratie bekennen würde, käme ein Besuch des Festivals für mich nicht in Betracht.

Ein Mitglied der Grünen sagte mir nach derartiger Kritik: Man kann nicht eine schlechte Situation damit entschuldigen, dass man sie mit einer anderen schlechten Lage vergleicht. Herr Grothe hat nun mal Eritrea als Spezialgebiet.

Buchtipp - Werner Seppmann: Ausgrenzung und Herrschaft

In seinem neuen Buch „Ausgrenzung und Herrschaft“ wirft Seppmann einen marxistisch klassentheoretisch fundierten Blick auf die Verarmungstendenzen in weiten gesellschaftlichen Bereichen und die zunehmende Ausgrenzung von inzwischen 20% der Bevölkerung unter die Armutsgrenze. Das Leben unter dem Existenzminimum, die alltäglichen Demütigungen bewirken bei den Ausgegrenzten ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Scham; ein Rückzug ins private Elend findet statt. Mit den niedrig bezahlten Leiharbeitern im selben Betrieb vor Augen bangt der Arbeiter der Stammbelegschaft um seine letzten Privilegien und ist bereit zu jeder Anpassung, zu jedem Kompromiss bei den Tarifverhandlungen.

Seppmann zeigt die körperlichen und psychischen Folgen von gesteigerter Ausbeutung einerseits und Ausgren-

zung andererseits. Trotz des steigenden Drucks und durchaus empfundenen Unmuts regt sich wenig organisierter Widerstand, so glaubt Sepp-



mann auch eher an einen systemintegrierenden Charakter der Occupy Bewegung.

Er analysiert ferner die Gleichschaltung aller Bereiche, der Medien, Parteien und Sozialwissenschaften, die Armut jenseits der Klassenfrage als individuelles Versagen interpretieren.

So wird es den Betroffenen erschwert, ihre Situation nicht als „alternativlos“ zu begreifen.

Es gilt bei aller Unterschiedlichkeit, das Gemeinsame der verschiedenen Unterdrückungserscheinungen herauszuarbeiten: überarbeitete Arbeiter einerseits und zur Untätigkeit gezwungene Erwerbslose andererseits.

Die stark gewachsene aber diffuse Kapitalismuskritik muß in effektiven Widerstand gegen eine weitere Verschärfung der Ausbeutung umgewandelt werden. Außerdem sollte sich die Erkenntnis durchsetzen, daß Unterdrückung und Armut dem Kapitalismus systemimmanent sind und keine Ausnahme darstellen.

Das Buch leistet eine umfassende immer marxistisch belegte Diskussionsgrundlage zur Organisation der dringend notwendigen Abwehrkämpfe – zur Umwandlung der „Klasse an sich“ zu einer „Klasse für sich“.

Sabine Albrecht

Werner Seppmann: Ausgrenzung und Herrschaft. Prekarisierung als Klassenfrage, Hbg., LAIKA-Verlag, 263 S., 24,90€

Leserbrief

Deiche statt Drohnen! - Statt für einen vernünftigen Wasserkatastrophenschutz zu sorgen, wirft die Bundesregierung für Drohne „Euro-Hawk“ sinnlos 600 Millionen aus dem Fenster. Die Überflutungskatastrophe ist hausgemacht. Wie sagte doch dagegen Fidel Castro: „Wir sind auf eine mögliche Katastrophe besser vorbereitet als alle anderen ...“

Uwe Moldenhauer

Die Heuchler vom 17. Juni

Über die Hintergründe des 17. Juni 1953 haben wir im letzten Echo berichtet, über die Heuchelei zum Jahrestag noch nicht. Auslöser war damals bekanntlich eine Erhöhung der Normen (= Kürzung der Löhne), die aber schon zwei Tage zuvor wieder rückgängig gemacht worden war. Dieser „Volksaufstand“ wird hier mit heroischen Worten gefeiert – obwohl die Herrschenden nichts weniger als einen solchen fürchten.

Um wie viel berechtigter und notwendiger sind Abwehrkämpfe hier, wo seit Jahren die Reallöhne sinken und Hungerlöhne unterhalb der Armutsgrenze (s.S.4) gezahlt werden, wodie Kinderarmut steigt und Rentner unterhalb des Existenzminimums leben müssen.

Armut und Reichtum, die beiden Seiten der gleichen Medaille, wachsen beständig.

Das wird uns als „alternativlos“ von jenen vorgegaukelt, die den Protest des 17. Juni in den Himmel loben und

die „brutale Niederwerfung“ geißeln. Doch wehe, in der BRD entwickelt sich Widerstand, da wird nicht lange gefackelt. Das hat Tradition. Wer das Ausbeutersystem in Frage stellt, wird verboten (KPD 1956) und bekommt Berufsverbot.

Demonstranten werden erschossen (Benno Ohnesorg 1967), von Wasserwerfern totgefahren (Günter Sare 1985), bekommen die Augen ausgeschossen (Stuttgart 21); sie werden verprügelt, mit Pfefferspray traktiert und zu Hunderten stundenlang eingekesselt (Blockupy 2013) – und das sind nur ein paar wenige Beispiele.

Wenn es um die Absicherung der kapitalistischen Herrschaft geht, die seit der Niederlage des Sozialismus in Europa ihre Brutalität voll entfaltet, ist jedes Mittel recht.

Der dringend notwendige Arbeiteraufstand hier scheint aber noch in weiter Ferne, obwohl Rosa Luxemburg schon vor 100 Jahren warnte: Sozialismus oder Barbarei. Erika Beltz

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

6 Stunden-Tag statt 6 Millionen Arbeitslose

UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Wohnort _____

Telefon _____

Strasse _____

PLZ / Ort _____

Coram Press Verlag GmbH · Hoffnungstraße 11 · 45127 Essen
Fax: 0201-24 85 486 · www.unsere-zeit.de

Istanbul: Ungehemmte Aufstandsbekämpfung

Max Matthes (SDAJ Landesleiter) war am 15. und 16. Juni mit einer Delegation der Förderung Demokratischer Arbeitervereine (DIDF) in Istanbul.

Wo genau wart ihr in Istanbul und wie war die Stimmung?

Wir waren in einem Hotel direkt am Taksim-Platz. Als wir dort ankamen waren etwa 15.000 Menschen vor Ort. Dort herrschte eher Volksfest-Stimmung, viele Familien waren im Park unterwegs. Es wurde gefeiert und getanzt. Aber natürlich wurde ebenso viel diskutiert. Es ging um die Frage, wie auf das Angebot Erdogans, ein Referendum über die Zukunft des Parks durchzuführen, zu reagieren sei.



kenden bei Turkish Airlines getroffen. Die alle einigende Forderung heißt „Erdogan muss weg!“. Darüber hinaus besteht vor allem eins: große Uneinigkeit.

Was sind deiner Meinung nach die Ursachen der Massenbewegung?

„Der Zorn richtet sich gegen die Gentrifizierungspolitik, marktkonformen Terror, das Einmischen in Lebensweisen, gegen Amerikanismus, gegen Konservatismus und auch gegen die feindliche Politik gegen das syrische Volk,“ soweit die TKP zur Ursache dieser Proteste, die gleichzeitig das größte Problem ebendieser aufzeigt: Sie richten sich gegen bestimmte Erscheinungen innerhalb des Kapitalismus, noch nicht gegen diesen selbst.

In welche Richtung geht der Protest?

Es gibt in der türkischen Bevölkerung eine breite Unzufriedenheit mit bestimmten „Auswüchsen“ des Kapitalismus. Gleichzeitig gibt es einen breit verankerten "Klasseninstinkt", der dazu beiträgt, dass die Proteste so lange andauern. Und dennoch: es fehlt, noch, eine starke, klassenbewusste Kraft, die Kämpfe entsprechend orientieren und organisieren

kann. Diese Proteste werden ‚nur‘ Verbesserungen innerhalb des kapitalistischen Staats erkämpfen. Entscheidend ist aber, im Sinne des Kommunistischen Manifests: „Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“

Wie war die Motivation der Leute vor Ort? Haben sie sich durch massive Polizeigewalt einschüchtern lassen?

Die Bereitschaft, weiterzumachen, scheint bei vielen ungebrochen. Und dennoch: Die ungeheure Brutalität der türkischen Polizei hinterlässt ihre Spuren: Über 130.000 Tränengaskartuschen wurden verschossen. Es kommt zu willkürlichen Verhaftungen, bei vielen ist unbekannt, wohin sie gebracht werden. Mindestens fünf Menschen wurden ermordet. Ohne eigene, revolutionäre Organisation, wird sich diese Bewegung dagegen nicht schützen können.

Das Interview führte: Tobi

(sdaj-giessenmarburg@gmx.de)

6. August: Hiroshima-Tag

Das Friedensnetzwerk Gießen veranstaltet am Dienstag, dem 6. August, ab 17 Uhr auf dem Kirchenplatz eine Kundgebung anlässlich des Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima durch die USA – verbunden mit der Forderung nach Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen.

Redner: Lothar Liebsch, Darmstädter Signal und ein Vertreter von IPPNW
Musik: Ernst Schwarz mit Liedern zu Krieg und Frieden.

Die Veranstaltung wird unterstützt von u.a.: DGB, DKP, Linkes Bündnis,

Vormerken: Wetzlar

(Ort wird noch bekannt gegeben.)

Veranstaltung zum Bebel Jahr

der DKP Lahn-Dill und der Linkspartei Lahn-Dill

mit den Referenten Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP, sowie einem Vertreter der Linkspartei

Im Anschluß Kulturprogramm mit **Erich Schaffner u. Georg Klemp**

Donnerstag, 19. September, um 19 Uhr
(Einlass: 18.30Uhr), Eintritt: 8€/erm. 4€



Widerstand gegen Hartz IV

jeden Montag 18 - 19 Uhr, bei den drei Schwätzern im Seltersweg

Herzlichen Glückwunsch unserem Genossen

Axel Brück

zum 70. Geburtstag. Seit über 40 Jahren Mitglied in der DKP hat er immer noch die gleichen Ziele vor Augen wie bei seinem Eintritt in unsere Partei: Frieden und Sozialismus.

Wir wünschen alles Gute, Gesundheit und noch viele aktive Jahre.

DKP Kreisvorstand Gießen